

- die Überprüfung aller bisherigen Epurationsbescheide durch unabhängige Spruchkammern;
- das Recht auf Verteidigung und eine Einspruchsmöglichkeit für die Betroffenen und
- die vorläufige Unterhaltszahlung für vom Amt suspendierte Beamte⁴.

Der Erlaß der *Rechtsanordnung zur Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus* (RAO) im April 1947 wurde von der CVP als Erfüllung der meisten ihrer Forderungen begrüßt: *Damit ist eine Lücke in dem bisherigen Epurations-Recht geschlossen, und es sind die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die Ungewißheit, die manche von den Epurationsmaßnahmen bedrohte oder bereits betroffene Person noch bedrückte, endgültig beseitigt wird*⁵. Die CVP sprach die Hoffnung aus, daß die neuen Mitglieder der Organe sorgfältig ausgewählt werden und mit dem nötigen Verantwortungsgefühl an die Arbeit gehen würden. Falls dies geschehe, *dann sind wir überzeugt, daß unser altes Prinzip, das sich weiteste Bevölkerungskreise zu eigen gemacht haben, endlich Anwendung finden wird, nämlich, daß die wahrhaft Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden, und daß alle die kleinen Parteimitglieder von den Härten verschont bleiben, von denen sie vielfach nach dem heutigen Verfahren, bei dem nur nach Aktenlage und manchmal auch nach Ressentiments geurteilt wurde, getroffen wurden*⁶.

Die SPS

Der Sozialdemokrat Peter Zimmer sprach auf der Kundgebung am 27. Oktober 1945 nur sehr kurz über das NS-Regime, das als Folge der politischen Unreife des deutschen Volkes an die Macht gekommen sei⁷. Der Generalsekretär der SPS, Ernst Roth, legte in einem Zeitungsartikel zu den Gemeindewahlen im September 1946 das Verhältnis von *Sozialdemokratie und Entnazifizierung* dar: Er sah die politische Säuberung als eine der wichtigsten Voraussetzungen für den notwendigen geistigen und politischen Strukturwandel an. Mehr noch als personelle Maßnahmen sei aber der innere geistige Reinigungsprozeß jedes Einzelnen erforderlich. Die SPS strebe die *Trennung von anständigen und unanständigen Personen* durch ein verbessertes Entnazifizierungsverfahren an: *Die Spitzbuben, mit oder ohne Parteibuch, die sich in der Vergangenheit an ihrem Volke versündigt haben, ins Gefängnis und die anständigen Leute zurück in die Gemeinschaft derjenigen, die positiv am Neubau ... teilnehmen wollen*. Das Saarland könne sich nicht den Luxus leisten, weite Kreise des Volkes von jeder Mitarbeit am Wiederaufbau auszuschließen⁸. Andererseits kritisierte die

⁴ Die CVP forderte alle Betroffenen auf, Berufungsanträge bei ihr einzureichen; *CVP und Entnazifizierung*, SVZ Nr. 15/46 (14.9.1946), S. 4; SVZ Nr. 20/46 (12.10.1946), S. 2: Sitzung des erweiterten Vorstandes der CVP in Saarbrücken, 7.10.1946.

⁵ *Spruchkammern*, Aufsatz eines CVP-Mitglieds, o.D. (April/Mai 1947); LA SB VK 205.

⁶ Ebd.

⁷ Kundgebung, 27.10.1945 (Anm. 2). Zur SPS: Kunkel, Ernst: *Dokumente und Erinnerungen zur Geschichte der SPS 1935–1956*. Dudweiler 1980.

⁸ *Sozialdemokratie und Entnazifizierung*, Artikel von Ernst Roth; "Volksstimme" Nr. 14/46 (11.9.1946), S. 1.